

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode, 25. Sitzung, 9. Februar 2012

TOP 3:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)

**f) Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

Drucksache 15/1113

- Es gilt das gesprochene Wort -

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für Fraktion der CDU Frau Kollegin Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung. Die von der grünroten Landesregierung betriebene Verkehrspolitik schadet aber dem ganzen Land.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Schon nach wenigen Monaten wird klar und deutlich:

Was wir erleben, ist die reine grün-ideologische Verkehrsverhinderungspolitik, und die SPD macht sich zum Sklaven.

*(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Genau! Skandal!)*

Der Koalitionsvertrag ist der beste Beweis dafür. Auch die Umstrukturierungen im Ministerium belegen: Für den Minister und seine Staatssekretärin gilt: Mobilität ist nur gut, wenn sie nicht stattfindet. Die einzige Ausnahme ist das Fahrrad.

Die CDU-Fraktion steht auch in der Opposition zu ihrer Verantwortung für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur:

Schiene, Straße, Luft und Wasser unideologisch und an den Interessen der Menschen und des Landes orientiert.

Nachhaltige Mobilität und die ökologische und effiziente Vernetzung von Verkehrsträgern sind dabei keine neue Erfindung der Grünen, auch wenn sie sich das sehr gerne ans Revers heften.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn sie eines haben!)

Für jeden Weg das passende Verkehrsmittel – das gilt für die Verkehrspolitik hier im Land schon seit Jahrzehnten.

Wie falsch die Landesregierung mit ihrer Politik liegt und wie weit Dichtung und Wahrheit auseinanderliegen, haben die vergangenen Monate gezeigt. Sie haben versucht, Stuttgart 21 zu verhindern. Aber die Menschen im Land waren klüger. Sie haben bei Stuttgart 21 gegen den Willen des grünen Ministerpräsidenten und seines Verkehrsministers entschieden.

Und nach Stuttgart 21? Nach Stuttgart 21 wollen Sie jetzt den Ausbau von Straßen verhindern. Es soll keine neuen Straßen geben, keine neuen Bundesstraßen und Autobahnen,

*(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch!
– Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)*

keine neuen Landesstraßen und auch keine Ortsumfahrungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Rein gar nichts! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine neuen Kanaldeckel!)

Sie wollen auch keine neuen Straßen planen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Das, meine Damen und Herren, ist Gift für den Wirtschaftsstandort und läuft den Interessen des Landes und auch der Menschen zuwider.

*(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP –
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)*

Dass Sie jetzt, wie man gerade hört, eine neue Liebe für die Straßen entdeckt haben, ist allein dem Druck geschuldet und nichts anderes als opportunistisches Lippenbekenntnis. Der Landeshaushalt beweist dies.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel

SPD: Nicht selber lachen!)

– Ihnen vergeht gleich das Lachen. – Dann verkaufen Sie diese katastrophale Politik auch noch als die „neue Ehrlichkeit“. Das ist eine Mogelpackung. Das einzig Ehrliche daran ist die Ankündigung oder, besser gesagt, die Drohung des Ministerpräsidenten:

„Aus dem freien Gut Straße wird das knappe Gut Straße.“ Dafür tut diese Regierung wirklich alles. Dafür gibt es auch Belege.

Erstens: Bundesfernstraßen. Der Bund hat in den vergangenen Jahren mehr als 280 Millionen € pro Jahr hier im Land investiert. Zum Glück! Das ist mehr als je zuvor.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber zu wenig!)

Nur weil wir ausreichend planfestgestellte Maßnahmen in der Schublade hatten, konnten wir mehr als andere von dem Konjunkturprogramm profitieren. Nur so konnte die CDU-Landesregierung viele neue Maßnahmen anschieben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Anfangen!)

Dass der Ministerpräsident sagt, er würde sofort Straßen bauen – das hat er gestern gesagt –, wenn er von Ramsauer Geld bekäme, ist doch fadenscheinig. Wir haben 108 Millionen € aus dem Infrastrukturbeschleunigungsgesetz bekommen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war wenig!)

und zwar, obwohl der Minister nur 2 Millionen € beantragt hatte und obwohl – da müssen Sie genau zuhören – Ihre grünen Freunde im Bund, in Berlin das ganze Programm abgelehnt haben. Das ist die Wahrheit.

*(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:
Hör, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Unglaublich!)*

Nein, Sie wollen nicht mehr Geld. Himmelangst wäre es Ihnen. Dann müssten Sie Ihren Anhängern ja nicht nur erklären, dass Sie Stuttgart 21 bauen müssen. Nein, Sie müssten Ihnen auch erklären, dass Sie jetzt auch noch Straßen bauen müssen. Das passt nicht in Ihre Klientelpolitik.

Deshalb tun Sie auch nichts. Sie fordern keine zusätzlichen Mittel vom Bund. Sie reisen auch ohne Vorschläge zu den Bauprogrammbesprechungen nach Bonn.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Das gab es noch nie.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! Armutszeugnis von Grün-Rot!)

Von der von Ihnen versprochenen Priorisierung ist keine Spur zu sehen.

*(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Eine typische Verhinderungskalition!
Und die SPD macht mit! Das ist skandalös!)*

Ihr Schwarzer-Peter-Spiel greift nicht. Der Bundesverkehrswegeplan ist eine rot-grüne Erfindung, und die langjährige Unterfinanzierung haben SPDBundesverkehrsminister zu verantworten.

*(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:
Elf Jahre lang Benachteiligung Baden-Württembergs!)*

Jetzt fühlen Sie sich durch den CSU-Verkehrsminister geadelt, weil auch er der Meinung ist, dass Begonnenes fertiggebaut werden muss. Da frage ich Sie: Ja und? Ist das etwas Neues? Das ist eine pure Selbstverständlichkeit, dass man Begonnenes fertigbaut.

*(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Sie haben doch nie fertiggebaut!
Seit 20 Jahren bauen Sie eine Bundesstraße, und die ist immer noch nicht fertig!)*

Aber entscheidend ist, Herr Schmiedel: Das eine tun und das andere nicht lassen. Sie müssen parallel neue Straßen planen und bauen, weil sonst irgendwann Stillstand in diesem Land herrscht. Wer nicht das Maximale fordert, der bekommt wenig. Das ist genau das, was Sie in Wahrheit wollen: das knappe Gut Straße.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen ja gar kein Geld!)

Das gilt auch für die Landesstraßen. Sie sind als großer grüner Verkehrstiger mit roten Streifen gestartet und leider nicht einmal als Bettvorleger gelandet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und die roten Streifen haben sie verloren!)

Was wollte denn vor allem die SPD nicht alles besser machen? Sie hatten sich viel vorgenommen, aber leider sind Sie gescheitert. Sie fallen weit hinter das zurück, was wir in früheren – vor allem in deutlich schlechteren – Haushaltsjahren investiert haben. Das ist das eigentliche Armutszeugnis. Wer bei Mehreinnahmen von 2 Milliarden € nicht mehr in den Landesstraßenbau investiert, dem fehlt es nicht an Geld.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ihnen fehlt es am politischen Willen, die richtigen Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Die CDU-geführte Landesregierung hatte für in Aus- und Neubau der Landesstraßen in den vergangenen Jahren weit mehr als 50 Millionen € pro Jahr investiert. Bei Ihnen sind es jetzt kaum mehr als 30 Millionen € im Jahr, und Sie kürzen drastisch bei den Planungsmitteln. In den Erhalt hatten wir mehr als 100 Millionen € pro Jahr investiert. Sie hatten eine Verdopplung angekündigt. Von den jetzt eingeplanten 100 Millionen € werden aber netto höchstens 70 Millionen € bleiben

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wem haben wir das zu verdanken?)

– ich erkläre es Ihnen gleich –, weil Sie daraus noch 23,3 Millionen € für die Refinanzierung des Landesinfrastrukturprogramms

(Zurufe von den Grünen und die SPD: Genau!)

und voraussichtlich weitere 10 Millionen € für die Beauftragung von Planungsbüros entnehmen.

(Zuruf: Hört, hört! – Abg. Sascha Binder SPD: Wahlkampfkosten der CDU waren das! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wahlkampfkosten der CDU! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da müssen doch dem Schmiedel die Ohren klingeln! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Herr Schmiedel betreibt Selbstleugnung! Er ist

nicht charakterfest!)

Apropos Landesinfrastrukturprogramm: Es zeigt sich doch gerade erst jetzt in einem wirtschaftlich starken Jahr mit hohen Steuereinnahmen, dass unsere Strategie genau die richtige war.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Schmiedel, was ist das? Sind Sie jetzt Bettvorleger? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie müssen einmal eine neue Platte auflegen!)

Wir haben in schwachen Haushaltsjahren investiert, und bezahlt wird jetzt, wenn wir uns das leisten können. Insofern war diese Strategie genau richtig.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lauschen sie bitte der Kollegin Razavi.

(Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir hören zu, wir lauschen nicht!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Aber wahrscheinlich wird es noch viel weniger werden. Pikant ist nämlich, dass das Geld, das für den Aus- und Neubau und auch für die Erhaltung vorgesehen ist, mit den Ausgaben für Lärmschutzmaßnahmen und Radwegebau deckungsfähig ist.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Trickserie ist das!)

Das heißt, der Minister kann ohne das Parlament einzubeziehen Geld aus den Töpfen für den Straßenbau und -erhalt nehmen und für Lärmschutzmaßnahmen und vor allem für den Radwegebau benutzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich! Klarheit und Wahrheit, Herr Schmiedel!)

Meine Damen und Herren der Grünen und der SPD, das sind üble Taschenspielertricks.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Dass zeigt, dass der angekündigte Ausbaustopp auch bei den Landesstraßen politisch gewollt ist und Ihr Bekenntnis zum Erhalt wertlos ist.

*(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und die SPD hat sich über den Tisch ziehen lassen!
– Gegenruf des Abg. Peter Hauk
CDU: Wieder einmal! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)*

Die von der SPD immer geforderte Verdopplung der Mittel findet nicht statt. Grüne Verkehrspolitik heißt vor allem Radwegebau.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mit 1,5 Millionen €!)

Jetzt kommen wir noch zum kommunalen Straßenbau. Auch hier zeigen die Grünen ihr wahres Gesicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schonungslose Abrechnung!)

Ihre Antwort auf unseren Antrag zur Verteilung der Mittel nach dem Entflechtungsgesetz hat die Wahrheit ans Licht gebracht. Interessant ist, dass Sie noch vor wenigen Tagen, nachdem Ihnen schon eine dreiwöchige Verlängerung zugestanden wurde, noch einmal vier Wochen länger darüber beraten wollten. Ich glaube einfach, Sie wollten nicht, dass es vor den Haushaltsberatungen auf den Tisch kommt. Das steckt wohl dahinter. Klar ist: Sie kehren die Fördersätze um, sodass der Anteil für die Straße nur noch 40 % und der Anteil für die Schiene 60 % beträgt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Und: Es wird bis 2014 keine neuen Bewilligungen geben. Sie lassen damit die Kommunen im Regen stehen. Das bedeutet das Aus für viele Anschlüsse an Bundes- und Landesstraßen, weil die Kommunen es allein nicht bezahlen können.

Die SPD, meine Damen und Herren,

(Zuruf von der SPD: Jetzt! Ruhe!)

ist völlig abgetaucht, Herr Drexler.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber wie wir da sind! Wir sind mehr da, als Sie je da waren! – Weitere Zurufe)

Was hatten Sie in den vergangenen Jahren nicht alles gefordert, lieber Herr Haller. Ich war versucht, heute eine Ihrer Reden komplett zu zitieren. Ich hätte gar keine eigene schreiben müssen. Ihre Bekenntnisse zum ländlichen Raum und zu den Ortsumfahrungen sind Makulatur. Ich zitiere aus Ihrer Rede vom 3. März 2010:

Das ist unser Konzept. Mehr Geld für den Landesstraßenbau. Der ländliche Raum hat es verdient und die Unternehmen, die im ländlichen Raum angesiedelt sind.

(Beifall der Abg. Heribert Rech CDU und Claus Schmiedel SPD)

Recht haben Sie damals gehabt.

Ich zitiere weiter:

Wir bekennen uns dazu, dass es auch Ortsumfahrungen geben muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Um Ortskerne zu sanieren und Dörfer zu gestalten, muss das sein.

Am 14. April fordern Sie für die Firmen und Pendler ein klares Verkehrsnetz im ländlichen Raum, da das

klare Verkehrsnetz im ländlichen Raum nun einmal die Straße ist und nicht die Schiene.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie wäre es mit dem Bus?)

Wo bleibt denn Ihre versprochene Prioritätenliste. Bei uns wäre sie schon lang auf dem Tisch gelegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Nach 50 Jahren spontan aus der Tasche! Ein Wahnsinn! Was Sie auf einmal Zeit haben, Listen zu schreiben!)

Was Sie hier vorlegen ist vor allem für die SPD ein Armutszeugnis – von den Grünen haben wir nicht mehr erwartet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 60 Jahre berührt und 60 Jahre nichts passiert!)

Weil wir wissen wollen, Herr Schmiedel, wie Sie zu Ihren Ankündigungen und Forderungen der letzten Jahre heute stehen, werden wir beim Thema Erhaltung in einer namentlichen Abstimmung einmal nachfragen, wie Ihre heutige Haltung ist.

Wünsche müssen der Realität entsprechen. Deswegen haben wir in der Vergangenheit nicht zu viel versprochen, sondern den Bürgerwillen vor Ort respektiert und unsere Politik danach ausgerichtet. Das erwarten wir auch von Ihnen. Nicht grüne Ideologie darf ausschlaggebend sein, sondern Menschen verdienen Unterstützung, wenn sie sich für ihre berechtigten Interessen einsetzen. Sie beklagen eine Unterfinanzierung, die Sie selbst verursachen. Mit diesem Vorwand verschleiern Sie Ihr ureigenstes Ziel, nämlich den Bau von neuen Straßen zu verhindern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)